MEIN BERLIN NACHRICHTEN AG

09. Juli 2025

Klage gegen Antisemitismus: Student fühlt sich an FU Berlin unsicher!

Ein jüdischer Student klagt gegen die Freie Universität Berlin wegen unzureichender Maßnahmen gegen Antisemitismus. Verhandlung am 15. Juli 2025.

Kirchstraße 7, 10557 Berlin, Deutschland - In Berlin ist ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht angestoßen worden, das die Sicherheit jüdischer Studierender an Hochschulen in den Mittelpunkt rückt. Am 9. Juli 2025 wurde bekannt, dass eine mündliche Verhandlung zur Verwaltungsstreitsache VG 12 K 356/24 am Dienstag, den 15. Juli 2025, um 10:00 Uhr im Gerichtsgebäude an der Kirchstraße 7, Saal 0416, stattfindet. Der Kläger, ein Mitglied der jüdischen Gemeinde und Student der Freien Universität Berlin, beanstandet in seiner Klage die unzureichenden Maßnahmen der Hochschule gegen antisemitische Diskriminierung, die seiner Meinung nach gegen das Berliner Hochschulgesetz verstoßen.

Der Student fühlt sich nach eigenen Angaben auf dem Hochschulgelände nicht mehr sicher. Er wirft pro-palästinensischen Gruppierungen vor, anti-israelische und antisemitische Veranstaltungen auf dem Campus abgehalten zu haben. Das Berliner Hochschulgesetz verpflichtet die Hochschulen, Diskriminierungen zu verhindern und zu beseitigen, jedoch sieht der Kläger diese Verpflichtung nicht erfüllt. berlin.de berichtet.

Antisemitismus an Hochschulen

Jüdische Studierende berichten von einer zunehmend aggressiven Stimmung an Berliner Hochschulen, die von Angst und Ausgrenzung geprägt ist. Einige Studierende fühlen sich gezwungen, Lehrveranstaltungen nach der Wahrnehmung ihrer Sicherheit auszuwählen. Trotz der Beruhigung von pro-palästinensischen Protesten in den letzten Wochen bleibt das Gefühl der Unsicherheit unter jüdischen Studierenden bestehen. rbb24 berichtet.

Ron Dekel, Präsident der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD), kritisiert die mangelnde Positionierung der Universitäten gegen Antisemitismus. Ein Angriff auf einen jüdischen Studierenden im Februar 2025 verstärkt die Ängste. Die Freie Universität Berlin bestreitet jedoch, dass sie nicht genügend gegen antisemitische Vorfälle unternimmt und betont ihre Bemühungen um ein sicheres Umfeld. Das seit Juli 2024 in Kraft tratene neue Hochschulgesetz gibt den Hochschulen die Möglichkeit, schwerwiegende Fehlverhalten mit Exmatrikulation zu ahnden. Trotz dieser Änderungen haben bisher keine der elf Hochschulen in Berlin ein entsprechendes Statut verabschiedet.

Forschungsergebnisse und Stimmen

Laut einer Studie des Bundesforschungsministeriums ist der israelbezogene Antisemitismus unter Studierenden in Deutschland seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel zugenommen. Bei 8 % der Studierenden wird dieser

Antisemitismus beobachtet. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden, hinterfragt, warum Antisemitismus an Hochschulen präsenter und radikaler ist. zdf.de berichtet.

An Universitäten kommt es zunehmend zu Störungen von Vorlesungen und Übergriffen durch pro-palästinensische Aktivisten. Eine Umfrage, die in Verbindung mit der Studie durchgeführt wurde, zeigt, dass rund ein Drittel der jüdischen Studierenden Diskriminierung erlebt hat, während mehr als die Hälfte solche Vorfälle an den Hochschulen beobachtet hat. Diese unmittelbaren Erfahrungen sorgen für einen alarmierenden Anstieg der Sorge unter jüdischen Studierenden und rufen nach wirksamen Präventionsmaßnahmen gegen Antisemitismus.

Details	
Ort	Kirchstraße 7, 10557 Berlin, Deutschland
Quellen	• www.berlin.de • www.rbb24.de • www.zdfheute.de

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net